

A n t r a g

der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD

Psychische und psychosomatische Erkrankungen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen effektiv bekämpfen

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. die in den letzten Jahren speziellen und neu entstandenen Aspekte und Bedarfe im Bereich der psychischen Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen neu bewertet und aufeinander abgestimmt werden müssen;
 2. die in Thüringen flächendeckend etablierten Netzwerke „Frühe Hilfen“ einen wichtigen Beitrag zur psychosozialen Entlastung der betroffenen werdenden Eltern und Familien mit Kindern in den ersten besonders vulnerablen Lebensjahren leisten; insbesondere durch das sozialsystemübergreifende Engagement vielfältiger Netzwerkpartner, der aufsuchenden Arbeit von Familienhebammen beziehungsweise Familiengesundheits- und Kinderkrankenpfleger und Angeboten wie zum Beispiel Lotsensysteme aus dem Gesundheitsbereich in die Angebote der Netzwerke „Frühe Hilfen“ wird das gesunde und gewaltfreie Aufwachsen von Kindern gestärkt;
 3. Familien in all ihrer Vielfältigkeit eine zentrale Rolle für das psychische Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen und für deren Stressresistenz einnehmen;
 4. wenn Familien selbst auf bestehende Verhaltensauffälligkeiten aufmerksam werden und nach Hilfe suchen, deren selbstbestimmte Einbindung in alle Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen besonders wichtig ist;
 5. gezielte und frühzeitige Präventionsmaßnahmen helfen können, spezialisierte oder psychotherapeutische Behandlungen zu vermeiden;
 6. Gesprächen und soziale Einbindung in Familien, aber auch Aktivitäten in ehrenamtlichen Gemeinschaften wie Sportvereinen, Kirchengemeinden, Freizeitgruppen und im Sozialraum eine hohe präventive Wirkung zukommt;
 7. Präventionsmaßnahmen nicht nur kosteneffizient sind, sondern auch dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen und die Eigenverantwortung der Gesellschaft stärken;
 8. wesentliche Themen der Gesundheitsförderung und Prävention in Krippen, Kindergärten und Schulen Bewegung, gesunde Ernährung, Stärkung von Resilienz und Stressbewältigung, Entspannung sowie Sucht- und Gewaltprävention sind;
 9. in diesem Kontext der Schulsozialarbeit, deren Verstärkung und perspektivischem Ausbau an allen Schultypen und -formen sowie den Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und deren Familien eine ganz besondere Bedeutung zukommt;

10. zeitnahe niedrighschwellige psychosoziale und/oder psychologische Beratung und Psychoedukation für Familien psychischen Erkrankungen entgegenwirken und helfen können, häusliche Eskalationen zu verhindern;
11. für eine adäquate und selbstbestimmte Versorgung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei psychischen und psychosomatischen Beschwerden ein zeitnahe, individuell passender Zugang zu spezialisierten psychotherapeutischen Versorgungsstrukturen notwendig ist;
12. bei Prävention, Diagnostik und bereits manifestierten psychischen Erkrankungen der fachlichen Kompetenz der Schulpsychologie, der spezialisierten Kinder- und Jugendschutzdienste sowie der psychiatrischen und psychotherapeutischen Begleitung von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und deren Familien eine besondere Bedeutung zukommt.

II. Die Landesregierung wird gebeten,

1. eine Analyse der Versorgungslage der psychotherapeutischen Angebote für Thüringen insbesondere auf Basis vorhandener Daten durchzuführen, die unter anderem folgende Aspekte zusammenfasst:
 - a) Entwicklung psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen,
 - b) Art und Verfügbarkeit der Diagnostik (inklusive somatischer Diagnostik) bei psychischen Erkrankungen,
 - c) Entwicklung der Anträge und Bewilligungen nach § 35a Achten Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe,
 - d) Auslastung stationärer Plätze und Verfügbarkeit von Soteria-Angeboten;
 - e) Wartezeiten und Erreichbarkeit der ambulanten Versorgung;
2. zu prüfen, wie bestehende Angebote der Prävention, Diagnostik und Therapie wie beispielsweise durch sozialpädiatrische Zentren ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand besser vernetzt, gestärkt und transparenter sowie für Betroffene zugänglicher gestaltet werden können; handlungsleitend sind hierbei weiterhin integrierte und standardisierte transparente Präventionsketten und Handlungskonzepte;
3. zu prüfen, wie die Zusammenarbeit zwischen bestehenden Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe, Schulen und dem öffentlichen Gesundheitsdienst unter Respektierung der elterlichen Erziehungsverantwortung verbessert werden kann;
4. Forschungsvorhaben und begleitende Evaluation im Bereich der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen an Thüringer Forschungseinrichtungen zu unterstützen;
5. in Zusammenarbeit mit den bestehenden sozialpsychiatrischen Diensten in den Landkreisen und kreisfreien Städten zu prüfen, wie diese im Rahmen ihrer vorhandenen Ressourcen stärker für die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sensibilisiert und ertüchtigt werden können;
6. gemeinsam mit der Körperschaft des öffentlichen Rechts Kassenärztliche Vereinigung Thüringen (KVT) zu prüfen, wie betroffenen Kindern, Jugendlichen und deren Familien der Zugang zu den multiprofessionellen ambulanten Behandlungs- und ganzheitlichen Diagnostikmöglichkeiten erleichtert und gefördert werden kann;
7. gemeinsam mit der KVT Maßnahmen zu ergreifen, um bereits bestehende Online-Informationsangebote rund um psychische Belastungen von jungen Menschen bekannter zu machen;

8. gemeinsam mit der KVT zu prüfen, wie bestehende Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, pädagogische und sozialpädagogische Fachkräfte effizienter genutzt, gestärkt und ausgebaut werden können;
9. zu prüfen, wie die Rahmenbedingungen in der Psychotherapie-Weiterbildung sowie die Zugangswege zur psychotherapeutischen Qualifikation verbessert werden können;
10. zu prüfen, wie andere Akteure, beispielsweise Selbsthilfverbände, im Rahmen der Prävention von Neurodiversitäten gestärkt und eingebunden werden können;
11. weiterhin beim Bund auf eine Erhöhung und Dynamisierung der Mittel des Fonds Frühe Hilfen hinzuwirken;
12. dem zuständigen Ausschuss des Landtags bis spätestens zum ersten Quartal 2026 einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der unter den Nummern 1 bis 11 genannten Prüfungen zu geben.

Begründung:

Die Jahre der Corona-Pandemie hatten als einzigartige, multidimensionale und in Teilen schädigende Herausforderung neben wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen auch psychische Auswirkungen auf zahlreiche Menschen aller Altersgruppen. Kinder und Jugendliche in ihren jeweiligen körperlichen und geistigen Entwicklungsabschnitten waren durch die Pandemie und ihre einzigartigen Begleitumstände mit vielen Einschränkungen, Entbehrungen und einzigartigen Sozialisationsanforderungen besonders betroffen.

Eine im März 2021 gegründete Expertengruppe der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer kommt zu dem Ergebnis, dass die Pandemie bei Kindern und Jugendlichen bereits vorhandene emotionale und soziale Schwierigkeiten wie ein Katalysator verstärkt hat. Sie stellt ebenfalls fest, dass die pandemische Lage wie ein Brennglas auf die Probleme und Defizite im Gesundheitssystem gewirkt hat. Im Verlauf der Pandemie haben sowohl Ängste und Sorgen unter Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen als auch deren Hang zu sozialem Rückzug deutlich zugenommen. Kinder und Jugendliche zeigen seit der Pandemie statistisch häufiger depressive Symptome wie Traurigkeit und Interessenverlust. Auch psychosomatische Beschwerden, wie beispielsweise Kopf- und Bauchschmerzen, treten vermehrt auf.

Neuere Studien aus dem Jahr 2024, wie die COPSY-Studie (der Fachabteilung Child Public Health des Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf), zeigen, dass sich die Situation nach der Pandemie nicht verbessert hat. Etwa 20 Prozent der befragten jungen Menschen gaben an, dass ihre gesundheitliche Lebensqualität gemindert sei, und berichteten von psychischen Auffälligkeiten oder Angstsymptomen. Die verschiedenen Krisenerfahrungen der letzten Jahre bereiten jungen Menschen weiterhin Sorge und setzen diese unter Stress: Während im Herbst 2023 etwa die Hälfte der jungen Menschen berichtete, besorgt zu sein, waren es im Jahr 2024 mehr als zwei Drittel, die sich wegen Kriegen (72 Prozent) und Terrorismus (70 Prozent) sorgten sowie mehr als die Hälfte wegen wirtschaftlicher Krisen (62 Prozent) und der Klimakrise (57 Prozent).

Gleichzeitig ist festzuhalten, dass nicht jede psychische Belastung automatisch eine diagnostizierte psychische Erkrankung bedeutet. Dennoch steigt auch die Zahl der Diagnosen – so stieg im Zeitraum der Jahre von 2013 bis 2023 etwa die Zahl der jungen Menschen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren mit wiederkehrender Depression nach einer Erhe-

bung der gesetzlichen Krankenkasse Barmer um 130 Prozent. Besonders wichtig ist hierbei zu unterscheiden, zwischen pädagogisch zu lösenden Problemen und klinisch relevanten psychischen Erkrankungen, die einer therapeutischen Behandlung bedürfen. Aus der Forschung ist bekannt, dass eine nicht therapierte Rechenstörung (Dyskalkulie) oder Lese-Rechtschreib-Störung (Legasthenie) eine erhöhte Wahrscheinlichkeit für eine psychische Erkrankung darstellt. Zudem treten bei solchen Störungen auch überhäufig zufällig Komorbiditäten, also Begleitstörungen, wie Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung, Angststörungen oder Depressionen auf. Dies unterstreicht die Wichtigkeit frühzeitiger, symptomspezifischer Interventionen durch ausgebildete Fachkräfte.

Soziale Belastungen können das Risiko erhöhen, eine psychische Störung zu entwickeln. Die Zunahme solcher Störungsbilder gerade bei Kindern und Jugendlichen ist alarmierend. Neben therapeutischen Maßnahmen ist vor allem die Prävention stärker in den Blick zu nehmen.

Ein zentraler Aspekt bei der Prävention psychischer Erkrankungen bei jungen Menschen ist die Stärkung und Unterstützung der Familie als wichtiger Schutzfaktor. Unterstützungsangebote sollten daher primär darauf ausgerichtet sein, Familien in ihrer Kompetenz zu stärken und ihnen die Wahlfreiheit zu lassen, welche Hilfen sie in Anspruch nehmen möchten, ohne dabei die elterliche Autonomie und Erziehungsverantwortung infrage zu stellen. Viele Akteure aus den medizinischen, schulischen und sozialen Bereichen sehen einen Handlungsbedarf, um langfristig die psychische Gesundheit der Bevölkerung und insbesondere jüngerer Menschen zu fördern. Dabei sollte keine zusätzliche Bürokratie aufgebaut oder in bestehende Kompetenzen der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen eingegriffen werden. Vielmehr geht es um eine bessere Koordination und Nutzung vorhandener Ressourcen sowie die Stärkung von Familien in ihrer Eigenverantwortung.

Für die Fraktion
der CDU:

Jary

Für die Fraktion
des BSW:

Dr. Wogawa

Für die Fraktion
der SPD:

Merz